

## Für die Bewahrung der Werte einer freien Gesellschaft

### Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption des frühen Neoliberalismus

Von Milène Wegmann\*

*Den Menschen und die Ethik ins Zentrum von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu stellen, war der tragende Gedanke des frühen Neoliberalismus von den dreissiger bis in die sechziger Jahre. Die liberale Rechts- und Wirtschaftsordnung müsse die Freiheit als notwendige Bedingung sichern, den höchsten Werten in eigener Verantwortung zu folgen. Die Botschaft der Neoliberalen an die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft war die Aufforderung, liberalen Prinzipien statt machtpolitischen Zielen zu dienen.*

Der neue Ansatz und die eigentliche Leistung der Neoliberalen besteht in der ethisch-rechtlichen Fundierung des Wirtschaftsliberalismus. Den Menschen und die Ethik ins Zentrum zu stellen: Das war das Postulat, welches die Neoliberalen seit den 1930er Jahren als Voraussetzung einer liberalen Erneuerung forderten. Damit richteten sie sich in Anknüpfung an die Schrift «The Good Society» des jüdischen Neoliberalen Walter Lippmann an ihrem ersten internationalen Treffen in Paris im August 1938 ausdrücklich gegen die Entwürdigung der menschlichen Person durch den Nationalsozialismus. Damals, 1938, formierte sich der «Neoliberalismus» als internationale Gemeinschaft von Wirtschafts-, Sozialwissenschaftlern und Philosophen. (12 Jahre später tauchten dann auch zum ersten Mal die Begriffe «Ordooliberalismus» und «Ordokreis» für die Freiburger Gruppe der Neoliberalen am Walter Eucken auf.)

In der Gegnerschaft der Neoliberalen gegen den Nationalsozialismus, die sie in wissenschaftlichen Arbeiten, Briefen und geschlossenen Versammlungen entschieden vertrat, war der Zivilgesellschaft, in erster Linie der Familie, aber auch der kommunalen Lebensgemeinschaft, eine moralische Funktion zugeordnet: die Bewahrung der Werte einer freien Gesellschaft.

#### Katholizismus und Liberalismus

Im Bemühen um die ethisch-rechtliche Fundierung des Wirtschaftsliberalismus fanden die Neoliberalen Anknüpfungspunkte in Lord Actons moralphilosophischen Schriften, die in der Form einer aktualisierten antinationalsozialistischen Kompilation von der Gestapo verboten waren. Der Moralphilosoph Lord Actons (1834–1902) war es gelungen, Katholizismus und Liberalismus zu vereinbaren, was die Neoliberalen als notwendige Voraussetzung der liberalen Erneuerung für die Nachkriegsordnung erachteten.

Die ethische Fundierung des Wirtschaftsliberalismus war mit der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Konzeption des Neoliberalismus untrennbar verbunden. Beide waren aus der Auseinandersetzung der Neoliberalen mit den Laissez-faire-Liberalen entstanden, die sowohl die ethische Grundlage von Adam Smiths Wirtschaftslehre, nämlich die «Theory of Moral Sentiments», als auch die weitreichenden Ansätze einer Wirtschaftsordnung im «Wealth of Nations» vernachlässigt hatten.

#### Abgrenzung zum Manchesterliberalismus

Im Unterschied zu Smith trat bei den Neoliberalen die Interdependenz von Ethik, Recht und Wirtschaftsverfassung auf nationaler und internationaler Ebene in den Vordergrund. In der Folge der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zerrüttungen der Zwischenkriegszeit, des Zusammenbruchs des internationalen Handels seit 1914 bzw. 1929 und des Aufkommens von Sowjetkommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus wandten sich die Neoliberalen der Frage zu, wie eine dauerhafte Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu gestalten wäre. Das programmatische Vorwort Walter Euckens und Franz

Böhms zum ersten Band von «Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft» von 1948 hebt den «universellen Charakter» der Schaffung einer «funktionsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» und die Interdependenz der «nationalen und der internationalen Ordnung» hervor.

Das Bekenntnis der Neoliberalen zum freien internationalen Handel bedeutete nicht einen Verzicht auf jede gestaltende Handelspolitik. In diesem Punkt grenzen sich die Neoliberalen aus Deutschland, Österreich (mit der Ausnahme Ludwig von Mises<sup>1</sup>), der Schweiz, Frankreich, Italien, Grossbritannien und den USA vom sogenannten Manchesterliberalismus ab.

#### Für eine internationale Ordnung

Die Rahmenpolitik und der von den Neoliberalen entwickelte liberale Interventionismus waren eine Korrektur am Laissez-faire-Liberalismus auch auf dem Gebiet des internationalen Handels. Sie setzten den Nationalstaat als eigene kulturelle Grösse voraus, waren aber bereit, das unmittelbare Interesse des eigenen Staates dem Wohlergehen der ganzen Welt in Bereichen zu unterstellen, die den Sozialvertrag der nationalen Gemeinschaft nicht in Frage stellten.

Wirtschaftlicher Nationalismus und absolute nationalstaatliche Souveränität auf wirtschaftlichem Gebiet waren mit dem Internationalismus und dem Kosmopolitismus der Neoliberalen unvereinbar. Angesichts der Zerrüttung der Internationalen Beziehungen erbrachten die Neoliberalen bereits in der Zwischenkriegszeit den Nachweis, dass auch eine internationale Marktwirtschaft einer bewusst gestalteten Ordnung bedürfte, die auf denselben wirtschaftspolitischen Zielen und Prinzipien beruhte wie die nationale Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, zumal nationale Ordnungspolitik und Prozesspolitik sich unmittelbar auf die Aussenwirtschaftspolitik auswirkten.

#### Unabdingbare Wettbewerbsordnung

Hinsichtlich des Ziels und der Prinzipien der Wirtschaftspolitik bestand unter den neoliberalen Gruppen verschiedener Staaten Übereinstimmung. Nicht nur die Ordo-Gruppe um Eucken, sondern auch die frühen Chicago-Neoliberalen und der jüngere Friedrich von Hayek streben eine Wettbewerbsordnung an und suchten den ordnungspolitischen Rahmen für den Wirtschaftsprozess zu gestalten. Sie erachteten die Ausrichtung der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf die Wettbewerbspolitik als unabdingbar.

Es sollten also nicht nur das Wettbewerbsrecht im engeren Sinne, sondern auch das Patent- und das Gesellschaftsrecht, die Währungs-, Kredit-, Steuer-, Verkehrs- und Agrarpolitik im Hinblick auf die Wettbewerbspolitik gestaltet werden. Auf Grund der Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration (1890–1930) haben sie inhaltlich genauer bestimmte Postulate aufgestellt: so die Forderungen nach einem Monopolverbot, einem Kartellverbot, nach Einschränkung des Patentschutzes, nach Einführung der persönlichen Haftung der Manager von Aktiengesellschaften, nach Umgestaltung des Konkursrechts, des Gesellschafts-

rechts und des Kreditrechts.

#### Marktkonforme Interventionen

Neu gegenüber Adam Smith (1723–1790) und anderen früheren und zeitgenössischen Liberalen ergab sich bei den Neoliberalen die Einsicht, dass der Wirtschaftsliberalismus einen ganzheitlichen Ansatz erfordere, der alle Probleme der Wirtschaftspolitik und der Gesellschaftspolitik im Gesamtzusammenhang aller Politikbereiche zu lösen habe. Für den Fall von Fehlentwicklungen im laufenden Wirtschaftsprozess traten sie für sogenannte marktkonforme Interventionen ein, d. h. Interventionen im Zeichen einer von Prinzipien gesteuerten Wirtschaftspolitik. Mit der Ausnahme von Mises<sup>1</sup> und vieler seiner Schüler glaubten die frühen Neoliberalen nicht an einen Selbsterhaltungsmechanismus des Wettbewerbs.

Von Mises stimmte aber mit den übrigen Neoliberalen überein, wenn er voraussetzte, dass der Staat die Entstehung und Erhaltung von Monopolen nicht noch durch Zollschutz und andere rechtliche Massnahmen fördern dürfe. Die österreichischen bzw. amerikanisch-österreichischen Neoliberalen waren von den dreissiger bis in die sechziger Jahre ebenfalls Antimonopolisten und verfochten entgegen mancher Darstellungen ein striktes Kartellverbot.

#### Keine Reaktion auf den Keynesianismus

Die Neo- und Ordooliberalen wussten um die Möglichkeit eines Marktversagens und anerkannten die Notwendigkeit staatlichen Handelns bei öffentlichen Gütern und externen Effekten. Für natürliche Monopole wie «Public Utilities» sahen sie eine vom Einfluss der Wirtschaftsverbände unabhängige staatliche Monopolkontrolle bzw. Verstaatlichung vor, nicht jedoch eine allgemeine (Re-)Privatisierung.

Entgegen weitverbreiteter Ansicht sind die Entstehung des Neoliberalismus und der Inhalt seiner wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepte nicht als Reaktion auf den Keynesianismus zu interpretieren. Erstens haben sich die frühesten neoliberalen Gruppen bereits in den 1920er Jahren herausgebildet. Die ordnungspolitische Entscheidung der späteren Neo- und Ordooliberalen zugunsten der Marktwirtschaft ohne Zugeständnisse an den Sozialismus und ihr Konzept der konformen Intervention datiert also schon von vor der Weltwirtschaftskrise. Der Neoliberalismus war als ein System von Personen, die durch den Transfer von Ideen miteinander verbunden sind, spätestens 1935 voll ausgebildet, also vor der Veröffentlichung von John Keynes' (1883–1946) «General Theory». Und sowohl Ludwig Hahn (1920) als auch Wilhelm Röpké (1922) hatten schon vor Keynes eine antizyklische Konjunkturpolitik mit Nachfragesteuerung entworfen. Die Mehrheit der Neoliberalen akzeptierte seit den 1930er Jahren antizyklische konjunkturpolitische Massnahmen in Verbindung mit einer Politik zur Ordnung der Wirtschaft.

Im Unterschied zum Keynesianismus verband der Neoliberalismus die antizyklische Konjunkturpolitik mit der liberalen Ordnungspolitik des Staates und mit einer liberalen Aussenwirt-

schaftspolitik. Zu keiner Zeit zog er weder den volkswirtschaftlichen Nutzen des privaten Sparens bzw. Investierens noch das Ziel eines ausgeglichenen Budgets in Zweifel. Mit der Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkriegs, der Beharrungskraft der aufgebauten Strukturen zur Lenkung der Wirtschaft nach 1945 und der Weiterentwicklung von Keynes' Lehren durch die «Keynesianer» traten die Differenzen zwischen dem Neoliberalismus und dem Keynesianismus scharf hervor. Die Mehrheit der Neoliberalen hielt nach dem Krieg an einer antizyklischen Konjunkturpolitik fest, warnte aber vor den inflatorischen Folgen einer nachfrageorientierten Politik.

#### Der «starke Staat»

Die Voraussetzung der neoliberalen Wettbewerbsordnung waren klein- und mittelständische Wirtschaftsstrukturen, denen das Ideal einer bürgerlichen Gesellschaft mittelständischer Existenzen mit starken intermediären Strukturen entsprach. Dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ideal war im frühen Neoliberalismus auf das Ziel ausgerichtet, der Konzentration von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Macht entgegenzuwirken und die Entscheidungsprozesse in möglichst vielen Bereichen des Lebens zu dezentralisieren.

Das gesellschaftspolitische Ideal der Neoliberalen ging auf den Kernbestand der kontinental-europäischen frühliberalen Gesellschaftskonzeption zurück. Der neoliberale «starke Staat» einerseits und die angestrebte Verlagerung der Schwerpunkte der Macht nach unten, die Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen und die Wiederherstellung der kommunalen Selbstorganisation andererseits ergänzten einander: Durch den starken (Verfassungs-)Staat wie durch die intermediären Strukturen der Gesellschaft wären Verwirklichung und Schutz der Bürgerrechte, der Privatautonomie und des Privateigentums, auch jenes an der eigenen Person, gewährleistet. Die Rechtsordnung und die Wirtschaftsordnung des neoliberalen «starken Staates» würden den Rahmen schaffen, innerhalb dessen die Zivilgesellschaft Spontaneität, Selbstverantwortung und Freiwilligkeit entfalten könnte. Die Gesellschaft würde nicht Reglementierung, Bevormundung, Zwang und Gewalt unterworfen sein.

Eine bürgerliche Gesellschaft mittelständischer Existenzen versprach mehrfache Sicherung gegen die sozioökonomischen Entwicklungen, die von den Neoliberalen bekämpft wurden. Sie waren daher gegen den korporativen Staat, gegen wirtschaftliche Konzentration und Ausschaltung des Wettbewerbs, gegen den dialektischen Prozess der Individualisierung und Kollektivierung («Vermassung»), gegen die politische Übermacht der unorganisierten Masse und gegen die Übertragung von Funktionen intermediärer Strukturen wie Familie, Nachbarschaft, Kommune, Vereine und Kirche auf den Staat.

\* Milène Wegmann ist Autorin der Dissertation «Früher Neoliberalismus und europäische Integration» (Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002).